



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

↓
79,78 €/MWh

EpeX Spot DE-LU Day Base

GAS

↓ **48,2 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES**10**

Billionen Euro - so hoch ist das Geldvermögen der deutschen Haushalte in Bankeinlagen oder Bargeld. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) schlägt jetzt einen staatlich geförderten Klimaschutzplan vor, um einen Teil des Geldes fürs Klima zu mobilisieren.

POLITIK

Länder verteidigen
Energiewende
gegen Bund

RECHT

Erster
Vollstreckungstitel
gegen Gazprom

**WINDKRAFT
ONSHORE**

KEA-BW bietet
Kommunen Wind-
Potenzialstudien

Inhalt

TOP-THEMA

→ IT: Partnerschaft für SAP-Umstieg

POLITIK & RECHT

- **POLITIK:** Länder verteidigen Energiewende gegen Bund
- **REGULIERUNG:** Erhöhter Netzreserve-Bedarf für Strom bestätigt
- **GAS:** Geschenkangebot an Ukraine für Kraftwerk empört AFD
- **GAS:** Gericht stoppt LNG-Ausbaupläne in Wilhelmshaven

HANDEL & MARKT

- **RECHT:** Erster Vollstreckungstitel gegen Gazprom
- **LADEINFRASTRUKTUR:** EnBW baut Schnellladenetz bei Rewe aus
- **KLIMASCHUTZ:** Kleine Vermögen für Klimaschutz mobilisieren

TECHNIK

- **WINDKRAFT ONSHORE:** KEA-BW bietet Kommunen Wind-Potenzialstudien
- **GAS:** Im Fokus: Erdgas, Biomethan und Wasserstoff

UNTERNEHMEN

- **STADTWERKE:** Osnabrück greift Stadtwerken mit 75 Millionen Euro unter die Arme
 - **FUSION:** Stadtwerk übernimmt City Carrier ganz
 - **BILANZ:** AVU steigert Umsatz und Absatz
 - **FINANZIERUNG:** PNE plant neue Unternehmensanleihe
 - **PERSONALIE:** Stadtwerke Brühl: Sebastian Mies zieht um ins Chefbüro
 - **STATISTIK DES TAGES:** Deutsche Methanemissionen sinken seit 1990 deutlich
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Negative Strompreise zu Pfingsten erwartet
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Partnerschaft für SAP-Umstieg



Quelle: Pixabay / Pete Linforth

IT. Natuvion und IBM bündeln ihre Ressourcen für SAP-S/4HANA-Migrationen in der Energiewirtschaft. Im Fokus steht die Umstellung auf die cloudbasierte Thüga-Abrechnungsplattform (TAP).

Der geplante Wegfall des Supports für das bestehende „SAP-ECC-System“ dürfte Energieunternehmen unter Druck setzen. Diese Softwarelösung läuft Ende 2027 aus der Wartung. Da Unternehmen danach keine Sicherheitsupdates mehr erhalten, müssen die Versorgungsunternehmen umsteigen. Nach Auskunft von IBM und Natuvion arbeiten bundesweit noch „viele Unternehmen in der Energiebranche mit SAP ECC“.

Natuvion und IBM haben deshalb ein gemeinsames Angebot gestrickt. Ziel der Kooperation ist es, zusätzliche Kapazitäten für die Migration von Energieversorgern auf „SAP S/4HANA“ Utilities aufzubauen, teilen sie dazu weiter mit. Beide Unternehmen wollen schwerpunktmäßig die Umstellung auf die Thüga-Abrechnungsplattform TAP beschleunigen und unterstützen, die auf SAP S/4 Hana fußt.

Die eigentliche Herausforderung liegt laut den Partnern vor allem in der Migration der gewachsenen Bestandssysteme. Viele Versorger haben ihre SAP-ECC-Landschaften über Jahrzehnte individuell erweitert. Diese Anpassungen müssen nun in standardisierte Prozesse überführt werden, ohne den laufenden Betrieb zu beeinträchtigen. „Mit unseren umfangreichen Ressourcen können wir dem Markt erhebliche Kapazitäten für Modernisierung und Migration auf SAP S/4HANA zur Verfügung stellen“, erklärt Christoph Eymann, Associate Partner Energy & Utilities und Media & Entertainment bei IBM.

KI-gestützte Migrationen

Natuvion bringt in die Kooperation seine Data Conversion Suite (DCS) ein. Die Software unterstützt die Migration von Daten und Prozessen mit KI-basierten Automatisierungsfunktionen. Das Unternehmen positioniert die Lösung als Werkzeug zur Reduzierung manueller Aufwände und zur Beschleunigung von Transformationsprojekten.

IBM übernimmt in der Partnerschaft vor allem die Skalierung der Projektkapazitäten. Geplant ist, innerhalb eines Jahres rund 25 Transformationsspezialisten durch Natuvion ausbilden zu lassen. Die Unternehmen reagieren damit auf den Fachkräftemangel bei SAP-Migrationen in der Energiewirtschaft. Nach dem Anspruch von IBM könnten die aufgebauten Kompetenzen künftig auch bei Transformationsprojekten in anderen europäischen Märkten außerhalb Deutschlands eingesetzt werden.

TAP als Zielplattform für Versorger

Nach Angaben der Unternehmen sollen bis zu 40 Energieversorger bei der Migration unterstützt werden. Im Mittelpunkt stehen mehr als 10 Millionen Zählpunkte, die innerhalb eines festen Zeitrahmens von bestehenden SAP-ECC-Systemen auf die neue TAG-Cloud-Plattform übertragen werden sollen. Die Thüga-Gruppe hatte die Plattform aufgebaut, um Prozesse stärker zu standardisieren und den Betrieb von Abrechnungssystemen zu vereinheitlichen (wir berichteten).

Die Thüga-Abrechnungsplattform deckt Kernprozesse für verschiedene Marktrollen ab: Lieferant sowie Netz- und Messstellenbetreiber für die Sparten Gas, Strom, Wärme und Wasser. Auch Non-Commodity-Geschäfte von Energieversorgern sollen integrierbar sein. Im Fokus stehen dabei die Standardisierung und Automatisierung von Prozessen sowie die Beschleunigung von Time-to-Market-Entwicklungszeiten und -zyklen.

Mit der Thüga-Abrechnungs-Plattform (TAP) geht der Stadtwerke-Verbund seinen eigenen Weg zu einer Lösung, nachdem 2019 die „Verbandsübergreifende Initiative IT-Plattform der Zukunft“ (VÜI) gescheitert war. Von den Verbänden BDEW und VKU sowie der sogenannten Deutschsprachigen SAP-Anwendergruppe war die Initiative 2017 mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, die damals mehr als 50 Millionen Zählpunkte unter einer gemeinsamen IT-Architektur zu vereinen. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

§ POLITIK & RECHT



Die Energieminister der Konferenz 2026 auf Norderney Quelle: EnMK / Ney360

Länder verteidigen Energiewende gegen Bund

POLITIK. Die Energieminister der Länder haben auf Norderney den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, von Speichern und Netzen gefordert. Das BMW glänzte mit Abwesenheit.

Die Energieministerkonferenz (EnMK) auf Norderney ist am 22. Mai mit einem gemeinsamen Bekenntnis der Länder zur Energiewende zu Ende gegangen. Nach Angaben des Vorsitzenden der Konferenz, Niedersachsens Energieminister Christian Meyer (Grüne), lehnten die Länder einstimmig mehrere Vorhaben von Bundeswirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche ab. Dazu zählen laut Meyer die geplante Festlegung von Netzengpassgebieten sowie Einschränkungen beim Ausbau kleiner Photovoltaik-Dachanlagen, von Speichern und Offshore-Windenergie.

Meyer erklärte, die Länder wollten die heimischen erneuerbaren Energien „an Land wie auf See effizient und systemdienlich ausbauen“. Die Energieministerinnen und Energieminister sähen sich als „Team Energiewende“. Ziel sei es, globale Abhängigkeiten zu verringern und gleichzeitig die Versorgung zu sichern sowie die Strompreise stabil zu halten.

Nach Angaben Meyers fordern die Länder einen gemeinsamen Fahrplan mit dem Bund für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu gehörten Sonderausschreibungen für die Windenergie mit regionaler Verteilung sowie ein beschleunigter Ausbau von Netzen und Speichern. Auch die Bedeutung der Offshore-Windenergie für die Energiesicherheit sei auf der Konferenz hervorgehoben worden.

Energieversorgung bezahlbar sichern

Der Koordinator der sogenannten A-Länder, Sachsen-Anhalts Energieminister Armin Willingmann (SPD), sprach sich für weitere Maßnahmen zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung aus. Deutschland bleibe stark von fossilen Energieimporten abhängig. Deshalb müsse neben der nationalen Ölreserve auch eine strategische Gasreserve aufgebaut werden. Sachsen-Anhalt verfüge bereits über entsprechende Speicherkapazitäten.

Willingmann forderte zudem Entlastungen bei den Energiekosten. Kurzfristig könne dies über einen Energiesteuerrabatt geschehen. Mittelfristig müsse die Energiewende sozial flankiert werden. Der Minister

nannte dabei die Senkung der Stromsteuer für alle Verbraucher sowie mögliche Sozialtarife für Strom nach Vorbild anderer EU-Staaten. Zudem müssten Mieter besser vor zusätzlichen Kosten durch Gebäudemodernisierungen geschützt werden.

Für die sogenannte G-Seite der Länder erklärte Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Tobias Goldschmidt (Grüne), Europa befinde sich „mitten in einer fossilen Inflation“. Sowohl Bürger als auch Unternehmen litten unter geopolitisch bedingten Preissprüngen bei fossilen Energieträgern. Die Antwort darauf sei ein konsequenter Umstieg auf erneuerbare Energien.

EEG 2027 schnell einbringen

Goldschmidt warnte zugleich vor Unsicherheiten bei der Förderung erneuerbarer Energien von 2027 an. Nach seiner Meinung benötigen Unternehmen, Investoren und Banken schnell Klarheit über die Rahmenbedingungen nach dem Auslaufen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Eine offizielle Nachfolgeregelung liege bislang nicht vor. Jede weitere Verzögerung erschwere die Planungen der Unternehmen.

Der Minister sprach sich zudem für einen beschleunigten Netzausbau und eine effizientere Nutzung bestehender Stromnetze aus. Statt zusätzlicher Einschränkungen brauche die Branche laut Goldschmidt bessere Bedingungen für flexible Netzanschlüsse und eine stärkere Überbauung der Netzinfrastruktur.

Das BMWE schickt den Pförtner

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hatte ihre Teilnahme an der Konferenz kurzfristig krankheitsbedingt abgesagt. Nach Angaben der Länder war auch keine Vertretung auf Staatssekretärebene vor Ort. Dies sorgte insbesondere beim Besuch einer Erdkabel-Baustelle des Dortmunder Übertragungsnetzbetreibers Amprion auf Norderney für Kritik. Dort informierten sich die Teilnehmer über Offshore-Anbindungen, die Windstrom von der Nordsee in das deutsche Stromnetz transportieren sollen.

Unter Norderney befinden sich nach Angaben des Konferenzsekretariats bis zu acht Offshore-Anbindungen im Bau oder bereits in Betrieb. Sie sollen Strom für mehr als eine Million Haushalte übertragen können. Meyer bezeichnete die Insel als wichtige Drehscheibe für die deutsche Stromversorgung. Die Präsenz der Bundesregierung wäre aus Sicht der Länder wichtig gewesen, um einen gemeinsamen Konsens zu erzielen.

Die Länder wollten den Bund weiter drängen, den Rahmen für den Ausbau erneuerbarer Energien, von Speichern und Netzen zu verbessern, erklärte Meyer abschließend. Statt „Bremsen und Stoppschildern“ brauche es mehr Unterstützung für heimische erneuerbare Energien und deren Beitrag zur Senkung der Strompreise. Die Länderkammer sei eine wichtige legislative Instanz und werde ihre Interessen vertreten, kündigte Meyer an.

Die im Bundestag in der Opposition befindlichen Grünen, zu denen Meyer und Goldschmidt gehören, regieren in zehn der 16 Länder mit, in Baden-Württemberg sogar als Seniorpartner. Neun Ministerpräsidenten stellt die CDU oder CSU, fünf die SPD. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG





Neue Einnahmequelle für Stadtwerke

Der Batteriespezialist Tesvolt baut nicht nur Co-Location-Speicherprojekte und Batterieparks, sondern bietet auch die Vermarktung des Stroms an der Börse und gleichzeitig die Teilnahme am Regenergiemarkt an. So erwirtschaften Stadtwerke besonders hohe Erlöse.

Tesvolt begleitet Stadtwerke von der ersten Idee bis zum laufenden Betrieb der Batteriespeicher. Kunden erhalten alle Leistungen aus einer Hand.

Besuchen Sie Tesvolt auf der **eess Europe 2026**

 **Messe München | Halle B2 | Stand 110**
 **23. – 25. Juni 2026**

// JETZT TERMIN FÜR EES EUROPE VEREINBAREN oder Kontakt aufnehmen unter +49 (0) 3491 / 87 97 100

Erhöhter Netzreserve-Bedarf für Strom bestätigt



Quelle: Bundesnetzagentur

REGULIERUNG. ie Bundesnetzagentur hat einen **Gesamtbedarf an Netzreserve-Kraftwerken von 7.400 MW für den Winter 2026/2027 bestätigt. Im vorhergehenden Winterhalbjahr lag er fast 1.000 MW niedriger.**

Am 22. Mai hat die Bundesnetzagentur den Gesamtbedarf an Netzreservekraftwerken von 7.407 MW für den Winter 2026/2027 bestätigt. Im Winterhalbjahr 2025/2026 lag dieser nur bei 6.493 MW. Der Bedarf für das kommende Winterhalbjahr sei höher als im vergangenen Jahr, erklärte der Energieregulierer. „Bis wir die Netze besser ausgebaut haben, ist die Netzreserve erforderlich, um die sichere Stromversorgung zu gewährleisten“, erläuterte der Präsident der Behörde, Klaus Müller.

Ergänzend wurde wie üblich der Bedarf für einen weiter in der Zukunft liegenden Winter ermittelt. Für den betrachteten Winter 2028/2029 beträgt der Netzreservebedarf demnach 8.274 MW. Zur Verringerung des Reservebedarfs bleibe der Netzausbau das wichtigste Mittel, so die Behörde.

Gründe für die steigenden Transportaufgaben im Stromnetz seien zum Beispiel der kontinuierliche Ausbau der erneuerbaren Energien und die notwendige Ausweitung der grenzüberschreitenden Handelskapazitäten. Bis das Netz ertüchtigt ist, sei weiterhin ein hoher Bedarf an Redispatch aus Marktkraftwerken und die ergänzende Vorhaltung von Reserve-Kraftwerken notwendig, so die Bundesnetzagentur.

2.665 MW vom Ausland

Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) hatten der Bundesnetzagentur zuvor ihre diesjährige Systemanalyse und den daraus resultierenden Bedarf an Netzreserve zur Prüfung vorgelegt. Die Feststellung des Netzreservebedarfs bildet den Abschluss der Prüfung durch die Bundesnetzagentur.

Ein großer Anteil des Netzreservebedarfs mit 4.742 MW wird demnach für den Winter 2026/2027 von deutschen Reservekraftwerken gedeckt. Wie bereits in den vergangenen Jahren soll der verbleibende Bedarf von 2.665 MW durch Kraftwerke im benachbarten Ausland abgesichert werden.

Die ÜNB hatten bereits Anfang Mai 2026 Kraftwerksbetreiber im Ausland aufgefordert, bis zum 19. Mai 2026 ihr Interesse an der Netzreserve anzumelden. Die Vertragsschlüsse der ÜNB mit den ausländischen Kraftwerksbetreibern erfolgen in Abstimmung mit der Bundesnetzagentur.

Hintergrund der Netzreserve

Netzengpässe entstehen, wenn das Übertragungsnetz überlastet ist. Die Vorhaltung einer Netzreserve dient dazu, dies zu verhindern. Dazu wird bei einer drohenden Überlastung im Netz die Erzeugung örtlich vor einem Engpass reduziert und gleichzeitig die Erzeugung dahinter erhöht. Dieser „Redispatch“ genannte Ausgleichsmechanismus wird zunächst mit am Markt handelnden Kraftwerken durchgeführt.

In bestimmten Netzsituationen reichen diese Kraftwerke jedoch nicht zur Netzentlastung aus. In diesen Fällen werden zusätzlich Netzreserve-Kraftwerke eingesetzt. Die inländische Netzreserve besteht aus Kraftwerken, die nicht mehr zur Stromproduktion am Markt betrieben werden, aber nicht endgültig stillgelegt werden dürfen, da sie systemrelevant sind. Diese Kraftwerke werden ausschließlich auf kurzfristigen Abruf durch die ÜNB eingesetzt.

Die ausländische Netzreserve besteht aus Kraftwerken, die sich vertraglich gegenüber den deutschen ÜNB verpflichten, für den Redispatch Strom in das Netz einzuspeisen. Die Kosten für die Vorhaltung der Kraftwerke und deren Abrufkosten werden über die Netzentgelte refinanziert.

Der [Bericht zur Netzreserve](#) steht als PDF zum Download bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Geschenkangebot an Ukraine für Kraftwerk empört AFD



Quelle: Pixabay / Dagoberta

GAS. Nach Ansicht der rechtspopulistischen AFD soll ein wegen des Kreml stillgelegtes deutsches KWK-Kraftwerk lieber weiter dort stehen, als in der Ukraine zerstörte Blöcke zu ersetzen.

Pläne des bundeseigenen Kraftwerksbetreibers Sefo, das stillgelegte 84-MW-Gaskraftwerk Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern an die Ukraine zu verschenken, empören die AFD. Die rechtspopulistische Partei forderte im Bundestag, die Schenkungspläne fallenzulassen und die Anlage an seinem Standort zu belassen. In Lubmin erreichen die russischen Nord-Stream-Erdgasleitungen das deutsche Festland.

Es könne ja sein, dass sich das Verhältnis zu Russland nach einem Ende des Ukraine-Kriegs eines Tages wieder normalisiere und dann erneut Erdgas durch die Leitung in der Ostsee ströme, sagte der AFD-Abgeordnete Leif-Erik Holm in der von seiner Partei angestoßenen Debatte.

Die Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage in Lubmin ist ein Kraftwerk, das für die russische Nord-Stream-1-Pipeline gebaut wurde. Es diente dazu, die nötige Wärme herzustellen, um das Erdgas aus Russland ins deutsche Netz zu bringen.

Wenige Monate nach Beginn des vollflächigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 stellte Russland die Gaslieferungen nach Deutschland schrittweise und dann vollständig ein. Daher ist das Kraftwerk stillgelegt. Nord Stream 1 wurde wie Nord Stream 2 - die nie in Betrieb gegangen war - bei Explosionen wenig später schwer beschädigt.

Geschenk zur Selbstabholung billiger als Abriss

Mit der Einstellung der russischen Gaslieferungen durch die Ostsee im September 2022 und dem damit verbundenen Wegfall des Wärmebedarfs sei der Betrieb der Anlage wirtschaftlich unrentabel geworden, hatte die Sefe Securing Energy for Europe GmbH (Berlin) mitgeteilt. Die Sefe ist die vormalige Gazprom Germania, die in der von Russland heraufbeschworenen Energiekrise erst zwangsverwaltet und dann zu einem Bundesunternehmen umgewandelt wurde. Sie ist nach eigenen Angaben Mehrheitseigner des Betreibers Industriekraftwerk Greifswald (IKG).

„Da auch keine anderen potenziellen Wärmeabnehmer identifiziert werden konnten, wurde der Betrieb im Jahr 2023 eingestellt“, hieß es. Versuche des Betreibers IKG für einen Verkauf schlugen den Angaben zufolge fehl.

„Die Kraftwerksanlage wird daher im Rahmen der humanitären Hilfe einem ukrainischen Kraftwerksbetreiber als Selbstabholer zur Verfügung gestellt“, teilte Sefe weiter mit. Dies sei im Vergleich zu Abriss und Verschrottung ohne wirtschaftlichen Nachteil.

Amthor: Wahlkampf

Der mecklenburg-vorpommersche CDU-Abgeordnete Philipp Amthor bezeichnete den Antrag der AFD im Bundestag als „Wahlkampfgetöse“. In Mecklenburg-Vorpommern wird am 20. September ein neuer Landtag gewählt.

Auch Redner von SPD, Grünen und Linken wiesen das Ansinnen der AFD zurück. Die ebenfalls aus Mecklenburg-Vorpommern stammende Grünen-Abgeordnete Claudia Müller sagte, der AFD gehe es gar nicht um das Kraftwerk, sondern darum, Empörung zu schüren. Dabei sei klar, dass hier niemand das Kraftwerk wolle.

Der Bundestag beschloss mit den Stimmen von Union, SPD, Grünen und Linken, das Thema zur weiteren Beratung in den Wirtschafts- und Energieausschuss zu überweisen. Beteiligt werden sollen auch andere Ausschüsse.

Nutzung für LNG-Terminal Mukran?

Die AFD hatte das Thema bereits in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und in den Kreistag von Vorpommern-Rügen gebracht. Der Landtag lehnte den Vorstoß ab. Der Kreistag beschloss mehrheitlich eine Prüfung, ob die Anlage das LNG-Terminal in Mukran auf Rügen versorgen könne.

In dem Zusammenhang äußerte der CDU-Landesvorsitzende Daniel Peters: „Ich teile die Sichtweise, dass kritische Energieinfrastruktur zuerst hier im Land eingesetzt werden sollte. Eine Verlagerung nach Mukran ist dabei ein Weg, der technisch passen und daher umfassend geprüft werden muss.“

Land will Aufnahme Lubmins in Kraftwerksstrategie

Derweil fordert Mecklenburg-Vorpommerns Energieminister Wolfgang Blank die Aufnahme von Lubmin und Rostock in die Kraftwerksstrategie des Bundes. „Der Nordosten muss ausreichend berücksichtigt werden, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten“, erklärte der parteilose Politiker anlässlich der Energieministerkonferenz auf der Nordseeinsel Norderney (siehe dazu separate Meldung).

Bei der Kraftwerksstrategie geht es vor allem um die Errichtung neuer Gaskraftwerke. Sie sollen künftig als Backups einspringen, wenn der Strombedarf durch erneuerbare Energien nicht zu decken ist - in so genannten Dunkelflauten, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Gericht stoppt LNG-Ausbaupläne in Wilhelmshaven



Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

GAS. Das Niedersächsische Obergericht (OVG) in Lüneburg hat den Bau eines weiteren LNG-Terminals in Wilhelmshaven fürs Erste gestoppt. Aus Gründen des Naturschutzes.

Der entsprechende Bebauungsplan in einem Vogelschutzgebiet sei vorläufig außer Vollzug gesetzt worden, teilte das OVG mit. Umweltschützer begrüßten die Entscheidung.

Die Stadt wollte planungsrechtliche Voraussetzungen für einen „grünen Energiepark“ auf einer Fläche nördlich des Jade-Weser-Ports schaffen, auf dem sich ein Vogelschutzgebiet mit europäischem Rang befindet. Die Stadt habe nicht ausreichend sichergestellt, dass Ausgleichsmaßnahmen für den Naturschutz zeitlich parallel zu den Baumaßnahmen im Vogelschutzgebiet verwirklicht werden, teilte das Gericht mit.

Eilantrag von Naturschutzverbänden

Damit gab der Erste Senat des OVG in Teilen einem Eilantrag von Naturschutzorganisationen statt. Das Bündnis aus Naturschutzbund, Deutsche Umwelthilfe (DUH) und BUND hatte einen Normenkontrollantrag gestellt, weil es den Bebauungsplan für unrechtmäßig hält.

Bis zu einer endgültigen Entscheidung über das Normenkontrollverfahren, also über die Wirksamkeit des Bebauungsplans im Hauptsacheverfahren, bleibe der Plan außer Vollzug gesetzt, erklärte ein Sprecher des OVG. Allerdings könne die Stadt den Bebauungsplan heilen, indem sie nachbessert. Dann könnte sie eine Abänderung des Beschlusses beim OVG beantragen, um den Bebauungsplan zu vollziehen.

Pläne für LNG-Terminal

Auf einer Fläche von 154 Hektar sollen nach den Plänen der Stadt Wilhelmshaven für eine Übergangszeit fossiles Flüssigerdgas (LNG) angelandet werden und dann klimaneutrale Energieträger, etwa mit Solarenergie erzeugtes Methan. Diese sollen dann in Wasserstoff umgewandelt, zur Stromerzeugung genutzt oder in das europäische Gasnetz eingespeist werden. Laut OVG prognostiziert die Stadt eine Jahreskapazität von 200 Milliarden kWh Wasserstoff, was einen erheblichen Teil des für Mitte der 2040er Jahre prognostizierten Bedarfs decken würde. // VON SILVIA RAUSCH-BECKER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / Stefan Welz

Erster Vollstreckungstitel gegen Gazprom

RECHT. Mehrere Unternehmen hatten die russische Gazprom auf Schadenersatz verklagt, weil sie 2022 den Gashahn abgedreht hat. Jetzt hat eines davon einen Titel erwirkt.

Dem russischen Staatskonzern Gazprom droht in Kasachstan die Pfändung von Vermögenswerten, nachdem das Schiedsgericht am Astana International Financial Center (AIFC) der ukrainischen Naftogaz laut Moscow Times die Vollstreckung eines Schiedsspruchs in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar gestattet hat.

Dies stellt die erste öffentlich bekannte ausländische Gerichtsentscheidung dar, die es der Naftogaz ermöglicht, das Urteil in einer anderen Rechtsordnung durchzusetzen. Die Entscheidung erhöht den Druck auf Gazprom, das sich einer wachsenden Welle rechtlicher Klagen ehemaliger europäischer Partner gegenüber sieht – Klagen, die auf unterbrochene Gaslieferungen und mutmaßliche Vertragsbrüche seit dem russischen Überfall auf die Ukraine zurückzuführen sind. Agenturberichten zufolge belaufen sich diese Forderungen gegen Gazprom inzwischen auf mindestens 19,5 Milliarden Euro.

Naftogaz-CEO Sergii Koretskyi kündigte an, dass das ukrainische Energieunternehmen seine Bemühungen fortsetzen werde, den ausstehenden Betrag von Gazprom auch in anderen Rechtsordnungen einzutreiben. Der Streit geht auf einen Vertrag aus dem Jahr 2019 zurück, der den Transit von russischem Gas durch die Ukraine regelt. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 wurde der Gastransit über die Verteilerstation Sochranowka in der östlichen Region Luhansk ausgesetzt; die Lieferungen über den Eintrittspunkt Sudscha wurden jedoch fortgesetzt.

Naftogaz machte geltend, dass Gazprom in der Folge die im Rahmen des Transitabkommens geschuldeten Leistungen nicht vollständig beglichen habe, und leitete daraufhin im September 2022 ein Schiedsverfahren in der Schweiz ein. Im Juni 2025 verurteilten die Schiedsrichter Gazprom zur Zahlung von 1,4 Milliarden Dollar an Naftogaz, die sich aus unbezahlten Gebühren für den Gastransport und Verfahrenskosten zusammensetzt. Gazproms Anfechtung des Schiedsspruchs vor dem Schweizerischen Bundesgericht scheiterte, die Entscheidung wurde rechtskräftig.

Das Urteil eröffnet Naftogaz die Möglichkeit, Vermögenswerte von Gazprom in jenen Ländern ins Visier zu nehmen, in denen das russische Unternehmen geschäftlich tätig ist oder Beteiligungen hält.

Seit Russland nach Ausbruch des Krieges seine Gasexporte nach Europa drastisch gedrosselt hat, sieht sich Gazprom einem wachsenden rechtlichen Druck seitens ehemaliger europäischer Kunden und Partner ausgesetzt. Zu den Unternehmen, die gegen Gazprom klagen, gehören die finnische Gasum, die französische Engie, die italienische Eni, die slowakische ZSE Energia sowie die österreichische OMV. Rechtliche Schritte wurden unter anderem von den deutschen Unternehmen RWE und Uniper, dem niederländischen Ferngasnetzbetreiber Gasunie Transport Services und der schweizerischen DXT Commodities eingeleitet. // VON MARTIN KLINGSPORN

[^ Zum Inhalt](#)

EnBW baut Schnellladenetz bei Rewe aus



E-Auto beim Laden vor einer Rewe-Filiale.
Quelle: Christoph Große

LADEINFRASTRUKTUR. Schnellladen beim Einkauf gewinnt für die Elektromobilität an Bedeutung. EnBW hat nun den 500. Standort an Märkten der Rewe Group eröffnet.

Die EnBW aus Karlsruhe, Betreiberin eines bundesweiten Schnellladenetzes für Elektrofahrzeuge, hat gemeinsam mit der Rewe Group den 500. Schnellladestandort an Rewe- und Penny-Märkten in Betrieb genommen. Wie das Unternehmen in einer Mitteilung vom 21. Mai bekannt gibt, hat es damit die Hälfte des bis 2030 geplanten Ausbaus auf 1.000 Standorte erreicht.

Seit dem Start der Kooperation im Herbst 2022 registrierten die Partner laut EnBW bereits mehr als fünf Millionen Ladevorgänge an den Standorten des Einzelhandelsunternehmens. Die Ladeinfrastruktur soll Kunden ermöglichen, ihre Fahrzeuge während des Einkaufs zu laden. Die Partner sehen darin einen wichtigen Baustein für den Ausbau der Elektromobilität in Deutschland. Martin Römheld, Leiter der Elektromobilitätssparte bei EnBW, erklärte, das Laden am Einzelhandel sei ein zentraler Bestandteil der Ausbaupläne des Unternehmens. Kunden könnten Ladevorgänge ohne zusätzlichen Zeitaufwand in ihren Alltag integrieren. Das gelte insbesondere für Menschen ohne eigene Lademöglichkeit zu Hause oder am Arbeitsplatz.

Die 500 Schnellladestandorte umfassen nach Unternehmensangaben inzwischen mehr als 2.200 Ladepunkte. Damit befindet sich mehr als ein Viertel der EnBW-Schnellladepunkte in Deutschland an Märkten der Rewe Group. Die Ladepunkte erreichen laut EnBW Leistungen von bis zu 400 kW. Je nach Fahrzeugtechnik könnten Fahrer dadurch innerhalb von 15 Minuten Strom für rund 400 Kilometer Reichweite laden. Die Standorte versorge EnBW vollständig mit Ökostrom.

Ausbau im urbanen und ländlichen Raum

Nach Angaben des Unternehmens zeigt insbesondere der Samstag die Bedeutung der Ladeinfrastruktur am Einzelhandel. Laut Römheld verzeichnet EnBW an diesem Tag die meisten Ladevorgänge. Dies spreche dafür, dass Kunden das Laden während des Einkaufs zunehmend nutzen.

Auch die Rewe Group sieht in dem Angebot einen Beitrag zur Mobilitätswende. Telerik Schischmanow, Finanzvorstand der Rewe Group mit Sitz in Köln, erklärte, die Filialen böten durch ihre Standorte in Städten und ländlichen Regionen einen einfachen Zugang zur Ladeinfrastruktur.

EnBW betreibt nach eigenen Angaben inzwischen mehr als 8.000 Schnellladepunkte in Deutschland. Nach Darstellung des Unternehmens können Fahrer im Durchschnitt alle 50 Kilometer einen Schnellladepunkt des sogenannten „HyperNetzes“ erreichen. Der Konzern plant laut Mitteilung, dauerhaft rund 20 Prozent der

benötigten Schnellladeinfrastruktur in Deutschland bereitzustellen. Dafür setzt EnBW auf einen Ausbau entlang von Einkaufsstandorten, in Städten und entlang von Fernverkehrsrouten.

Einheitliche Preise im Fokus

Für das öffentliche Laden setzt EnBW nach Unternehmensangaben auf einheitliche Preise unabhängig von Tageszeit oder Standort. Im Tarif „EnBW mobility+ L“ zahlen Kunden laut Unternehmen bei einer monatlichen Grundgebühr von 11,99 Euro ab 39 Cent/kWh. In Kombination mit bestimmten Stromverträgen sinke der Preis auf 35 Cent/kWh. Damit wolle das Unternehmen auch Kunden ohne private Wallbox ein öffentliches Laden zu ähnlichen Kosten wie beim Haushaltsstrom ermöglichen. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Kleine Vermögen für Klimaschutz mobilisieren



Quelle: iStock

KLIMASCHUTZ. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) schlägt einen staatlich geförderten Klimaschutzplan vor, um private Vermögen für nachhaltige Investitionen zu mobilisieren.

Für Klimaschutz und die Modernisierung der deutschen Wirtschaft werden nach Einschätzung des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) jährlich mehr als 100 Milliarden Euro benötigt. Gleichzeitig blieben private Vermögen von rund 10 Billionen Euro bislang weitgehend ungenutzt für nachhaltige Investitionen. Das geht aus einem neuen Policy Brief des FÖS hervor. Die Denkfabrik mit Sitz in Berlin entwickelt Konzepte für eine nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Das FÖS schlägt darin einen „Klimasparplan für alle“ vor. Ziel sei es, privates Kapital gezielt für Klimaschutz und nachhaltige Infrastrukturprojekte zu mobilisieren. Grundlage des Konzepts ist ein Vorschlag des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung aus dem Jahr 2024.

Nach Angaben des FÖS richten sich bestehende staatliche Angebote für nachhaltige Investitionen bislang vor allem an Kapitalmärkte und institutionelle Investoren. Ein Klimaschutzplan könnte dagegen breitere Bevölkerungsschichten ansprechen.

Sparprodukt weit streuen

Vorgesehen sei ein langfristiges Sparprodukt, das Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften anbieten können. Dabei sollen unterschiedliche Modelle mit verschiedenen Risiko- und Renditeprofilen möglich sein. Das Spektrum reiche von Anlagen mit Kapitalgarantie bis hin zu renditestärkeren Angeboten mit höherem Risiko.

Der Staat würde nach den Vorstellungen des FÖS verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definieren und steuerliche Anreize schaffen. Als Vorbild verweist die Organisation auf den französischen „Plan Epargne Avenir Climat“ (PEAC), der bereits ähnliche Ziele verfolgt.

Hana van Loock, Co-Autorin des Policy Briefs, sieht in der einfachen Struktur des Instruments einen Vorteil. Ein gemeinsames Label und ein klarer staatlicher Rahmen könnten Vertrauen schaffen und nachhaltige Geldanlagen auch für Menschen attraktiver machen, die bislang wenig Erfahrung mit Finanzprodukten haben, erklärte sie laut Mitteilung.

Ungenutztes Geld aktivieren

Das FÖS verweist zudem auf ein großes ungenutztes Potenzial bei privaten Vermögen. Ein erheblicher Teil des Geldvermögens privater Haushalte liege weiterhin in Bankeinlagen oder Bargeld und fließe kaum in nachhaltige Investitionen. Zwar wachse der Markt für nachhaltige Finanzprodukte, viele Haushalte empfänden entsprechende Angebote jedoch als komplex und schwer vergleichbar.

Nach Angaben des FÖS kann sich etwa die Hälfte aller Haushalte Investitionen in grüne Finanzprodukte grundsätzlich vorstellen. Tatsächlich nutze aber bislang nur etwa jeder siebte Haushalt entsprechende Angebote.

Carolin Schenuit, geschäftsführende Vorständin des FÖS, erklärte, die Bundesregierung könne mit einem Klimaschutzplan erhebliche private Vermögen gezielt aktivieren und Bürgerinnen und Bürger stärker an nachhaltigen Investitionen beteiligen. Staatliche Investitionen könnten dadurch ergänzt und ausgeweitet werden.

Damit ein Klimaschutzplan breite Wirkung entfaltet, empfiehlt das FÖS klare politische Rahmenbedingungen. Dazu zählen nach Angaben der Organisation verbindliche Nachhaltigkeitsstandards, transparente Wirkungsberichte und steuerliche Vorteile, speziell für Kleinsparer. Darüber hinaus seien mehr Finanzbildung und leicht verständliche Informationsangebote notwendig, um das Instrument in der Breite zu etablieren.

Die [Vorschläge des FÖS zum Klimaschutzplan](#) stehen als PDF zum Download bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Pixabay / andreas160578

KEA-BW bietet Kommunen Wind-Potenzialstudien

WINDKRAFT ONSHORE. Die baden-württembergische Energieagentur bietet Kommunen im Südwesten eine kostenfreie Ersteinschätzung zu möglichen Windenergieprojekten auf ihrer Gemarkung an.

Mit einer kostenfreien Ersteinschätzung zum Ausbaupotenzial der Windenergie will die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) landesangehörige Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Planung möglicher Windenergieprojekte unterstützen. Hintergrund ist die derzeit laufende Festlegung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen durch die zwölf Regionalverbände in Baden-Württemberg.

Die Regionalplanung definiert, auf welchen Flächen Windenergieanlagen im Südwesten künftig in der Regel errichtet werden können. Wie viele Anlagen dort tatsächlich möglich sind und welche Erträge zu erwarten sind, geht aus den Planungen jedoch nicht hervor. Die KEA-BW will Kommunen deshalb mit einer ersten Potenzialanalyse einen Überblick über mögliche Projekte auf ihren Gemarkungen verschaffen. Nach Angaben der Landesenergieagentur soll dies den Kommunen helfen, frühzeitig eigene Strategien für die Nutzung der Windenergie zu entwickeln.

Die Analyse umfasst Angaben zur möglichen Anzahl von Windenergieanlagen, zum voraussichtlichen Stromertrag sowie zu potenziellen Pachteinahmen. Nach Angaben der Landesenergieagentur können Kommunen damit eigene Projekte vorbereiten, Angebote von Projektierern besser einschätzen und ihre Interessen gezielter vertreten. Die Einschätzung kann sich entweder auf gemeindeeigene Flächen oder auf sämtliche Flächen einer Gemarkung beziehen.

Prüfung eines kommunalen Flächen-Poolings

Die KEA-BW empfiehlt den Kommunen, frühzeitig aktiv zu werden und nicht erst auf konkrete Vorschläge von Projektierern zu reagieren. Vor allem bei gemeindeeigenen Flächen könne das Wissen um mögliche Anlagenstandorte und Erträge helfen, Verhandlungen auf Augenhöhe zu führen und stärker an der regionalen Wertschöpfung zu partizipieren.

Sind zusätzlich private Grundstücke betroffen, komme den Kommunen auch eine koordinierende Funktion zu. Dabei könne unter anderem geprüft werden, ob ein kommunales Flächen-Pooling sinnvoll sei. Durch eine gebündelte Organisation von Flächen erleichterten sich Bestimmungen mit Eigentümern und Projektentwicklern.

Die KEA-BW weist zugleich darauf hin, dass die Ersteinschätzung keine detaillierte Projektierung ersetzt. Örtliche Messungen oder konkrete technische Planungen seien nicht Bestandteil des Angebots.

Grundlage der Analyse sind die ausgewiesenen und geplanten Vorranggebiete der Regionalverbände. Diese Flächen seien bereits anhand planerischer und rechtlicher Kriterien wie Mindestabständen, Naturschutzbelangen und Windpotenzial bewertet worden.

Für die Abschätzung der möglichen Anlagenzahl berücksichtigt die KEA-BW unter anderem topografische Faktoren wie die Hangneigung. Die Ertragsprognosen basieren auf modellierten Daten des Windatlas Baden-Württemberg. Berücksichtigt werde dabei die mittlere Windleistungsdichte. Die Landesenergieagentur spricht deshalb von einer fundierten, jedoch nicht standortscharfen Bewertung. Faktoren wie Netzanschluss, Zuwegungen oder betriebliche Einschränkungen fließen nach Angaben der KEA-BW nicht in die Ersteinschätzung ein. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Im Fokus: Erdgas, Biomethan und Wasserstoff



Installationstechnik ist ein zentrales Thema im Schulungszentrum Schirmitz. Quelle: Bayernwerk

GAS. Der sichere Umgang mit Erdgas, Biomethan und Wasserstoff steht hier im Mittelpunkt: Die Bayernwerk-Gruppe hat in der Oberpfalz ein neues Schulungszentrum eröffnet.

Rund 2,8 Millionen Euro hat das Bayernwerk in das Schulungszentrum Gas in Schirmitz (Landkreis Neustadt an der Waldnaab) investiert. Dort werden künftig unter dem Dach der Bayernwerk-Akademie Fachkräfte aus der Energiebranche, aber auch Ehrenamtliche von Blaulichtorganisationen geschult.

„Wir haben uns in Sinne der Nachhaltigkeit bewusst für den Standort Schirmitz entschieden und ebenso bewusst für die Revitalisierung eines bestehenden Gebäudes anstelle eines Neubaus irgendwo auf der grünen Wiese“, erklärt Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Trotz der fortschreitenden Elektrifizierung von Gesellschaft und Industrie werde Erdgas noch längere Zeit eine wichtige Rolle in der Energieversorgung spielen.

Das Gebäude an der Hauptstraße in Schirmitz wurde in den 1950er Jahren errichtet und früher unter anderem als Schaltwarte für das benachbarte Umspannwerk genutzt. Nun sind hier im Obergeschoss 17 moderne Arbeitsplätze entstanden als Anlaufstelle für Servicetechnikerinnen und Servicetechniker des Kundencenters Weiden.



Das neue Schulungszentrum diente früher als Schaltwarte.
Quelle: Bayernwerk

Zur Ausstattung gehören im Außenbereich unter anderem Trainingsstationen für Montageschulung, Brandbekämpfung, Retten und Bergen, für die Simulation von undichten Stellen im Gasnetz und die Anwendung von Gasspürgeräten. Weitere Schwerpunkte sind Hausinstallations- und Gerätetechnik sowie Lernmöglichkeiten mit Virtual Reality.

Landrat Andreas Meier sagte bei der Eröffnung, der Landkreis Neustadt an der Waldnaab sei Teil der Wasserstoffregion Nordoberpfalz. Das neue Schulungszentrum füge sich da ideal in bereits geschaffene Strukturen ein.



Bayernwerk-Chef Westphal probiert die Unterrichtsmöglichkeiten mit VR-Technik aus.
Quelle: Bayernwerk

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Hauptsitz der Stadtwerke Osnabrück. Quelle: SW Osnabrück

Osnabrück greift Stadtwerken mit 75 Millionen Euro unter die Arme

STADTWERKE. Die Stadtwerke Osnabrück (SWO) erhalten von der Kommune bis 2029 jährlich 15 Millionen Euro. Das hat der Stadtrat beschlossen.

Von 2025 bis 2029 sollen insgesamt 75 Millionen Euro aus dem Stadtsäckel in die Kassen des Versorgers Stadtwerke Osnabrück AG (SWO) fließen. „Bei der Höhe der jährlichen Kapitalzuführung orientiert sich die Stadt Osnabrück einerseits an dem Kapitalbedarf der SWO und andererseits an der Leistungsfähigkeit des Kernhaushaltes“, heißt es in einer Vorlage zur Ratssitzung am 19. Mai, bei der die Entscheidung fiel.

Schon Ende 2024 war ein entsprechender Beschluss für 2025 gefasst worden - ein Vorgehen, das auch von der Beratungsgesellschaft PWC unterstützt wurde. Begründet wird der Geldtransfer mit Verlusten des kommunalen Versorgers in den Geschäftsbereichen Bäder und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), die mit Gewinnen aus anderen Geschäftsbereichen nicht ausgeglichen werden konnten.

Darüber hinaus sind in den kommenden Jahren verstärkte Investitionen in die Infrastruktur der Stadt erforderlich. Im Mittelpunkt steht dabei die Wasserversorgung, die modernisiert und an die Folgen des Klimawandels und den damit einhergehenden höheren Wasserverbrauch angepasst werden soll.

Investitionen in die Wasser-, Gas- und Stromnetze

Insgesamt standen für 2025 Investitionen von 127 Millionen Euro an. Neben der Wasserversorgung müssen auch die Stromnetze weiter ausgebaut und modernisiert werden, das Gleiche gilt für das 80 Kilometer umfassende Hochdruck-Gasnetz. Über alle Druckstufen hinweg umfasst das SWO-Gasnetz mehr als 700 Kilometer. Auch in die immer konkreter werdende Wärmewende muss viel Geld gesteckt werden. Die ersten Ergebnisse der Wärmeplanung liegen bereits vor.

Die Osnabrücker Stadtwerke waren während der Energiekrise 2021 und 2022 unter der damaligen Führung in Schieflage geraten. 2024 erwirtschaftete der Versorger unter dem derzeitigen Vorstandsduo Daniel Waschow (Sprecher) und Dirk Eichholz (Finanzen) einen Gewinn von 14,1 Millionen Euro - mehr als erwartet. // [VON GÜNTER DREWNITZKY](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Stadtwerk übernimmt City Carrier ganz



Quelle: Joachim Wendler / Fotolia

FUSION. Die Städtischen Werke Magdeburg übernehmen sämtliche Anteile am Kommunikationsunternehmen MDCC. Der Versorger will damit den Ausbau digitaler Infrastruktur in der Region stärken.

Die Städtischen Werke Magdeburg übernehmen die vollständige Kontrolle über die MDCC Magdeburg-City-Com. Wie die SWM mitteilten, erhöhen sie ihre Beteiligung an dem Telekommunikationsunternehmen auf 100 Prozent und werden damit alleinige Gesellschafter der MDCC. Bislang hielten die SWM 49 Prozent der Anteile.

Der Magdeburger Stadtrat stimmte dem Erwerb der verbleibenden 51 Prozent in seiner jüngsten Sitzung zu. Verkäufer ist die Tele Columbus Netz. Die Transaktion steht noch unter Genehmigungsvorbehalt durch die Kommunalaufsicht.

Mit der vollständigen Übernahme wollen die SWM Magdeburg nach eigenen Angaben ihr Engagement im Bereich der digitalen Infrastruktur ausbauen. Künftig sollen Investitionen, strategische Entscheidungen und der Ausbau von Telekommunikationsnetzen innerhalb des Konzerns zentral gesteuert werden.

Thomas Pietsch, Sprecher der Geschäftsführung der SWM, erklärte, das Unternehmen könne dadurch die digitale Versorgung gezielter an den Bedarf anpassen. Zudem solle die Landeshauptstadt Magdeburg als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiterentwickelt werden.

Schon 100.000 Haushalte im Highspeednetz

Die MDCC betreibt in der Region Magdeburg ein glasfaserbasiertes Hochgeschwindigkeitsnetz. Nach Unternehmensangaben sind bereits mehr als 100.000 Haushalte angeschlossen. Seit mehr als 20 Jahren investiert das Unternehmen demnach in den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur in Magdeburg und angrenzenden Regionen. Dazu zählt vor allem der Ausbau von Glasfasernetzen.

Auch außerhalb der Landeshauptstadt ist die MDCC aktiv. Über Beteiligungen wie die Glas Com Salzlandkreis bietet das Unternehmen technische Dienstleistungen und Kommunikationslösungen in der Region an.

Für Kundinnen und Kunden sowie Beschäftigte der MDCC soll sich durch die Transaktion zunächst nichts ändern. MDCC-Geschäftsführer Guido Nienhaus erklärte, das bestehende Leistungsportfolio bleibe erhalten und solle künftig für Privat- und Geschäftskunden weiterentwickelt werden. Die Arbeitsplätze und Standorte der MDCC seien von der Übernahme nicht betroffen.

Auch die Verkäuferseite begrüßte den Schritt. Tim Rhoenisch, Finanzvorstand der Tele Columbus, verwies auf die langjährige Zusammenarbeit mit den SWM Magdeburg. Die MDCC könne ihren bisherigen Kurs unter kommunaler Verantwortung fortsetzen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

AVU steigert Umsatz und Absatz



Quelle: Pixabay / David Schwarzenberg

BILANZ. Der Regionalversorger AVU aus Gevelsberg (NRW) hat seinen Geschäftsbericht für das Jahr 2025 veröffentlicht. Der fällt nicht schlecht aus.

Die AVU AG hat das Geschäftsjahr 2025 mit positiven Geschäftszahlen abgeschlossen. Der Umsatz des Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen belief sich 2025 auf 294,8 Millionen Euro, das Jahr zuvor waren es 274,6 Millionen Euro. Der Bilanzgewinn liegt für 2025 bei 14,4 Millionen Euro, teilte das Unternehmen mit.

Mit Blick auf die Entwicklung der Energiemärkte sieht das AVU-Management keinen Grund für eine Anpassung der Endkundenpreise. „Unsere Strom- und Gas-Mengen für dieses und nächstes Jahr haben wir bereits fast vollständig vertraglich abgesichert“, sagte AVU-Vorstand Uwe Träris. „Deshalb planen wir aktuell auch keine Preiserhöhungen.“

Die Absatzmengen sind sowohl bei Strom als auch bei Erdgas angewachsen, hieß es weiter. Die Absatzmengen für 2025 im Einzelnen: Strom: 561,1 Millionen kWh nach 541,7 Millionen kWh im Jahr 2024. Beim Gas lag der Absatz bei 1,10 Milliarden kWh nach 1,01 Milliarden kWh im Vorjahr. Nach Angaben des Unternehmens standen den gestiegenen Erlösen allerdings auch höhere Kosten gegenüber. Vor allem die Aufwendungen für Beschaffung und Netznutzung hätten zugenommen.

Die AVU - Langform: Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen - hat ihr Stammgebiet als Energiedienstleister und Wasserversorger in sieben von neun Städten des Ennepe-Ruhr-Kreises in Nordrhein-Westfalen. Größter Aktionär ist die Eon-Tochter Westenergie AG aus Essen mit 50 Prozent. Die anderen Anteile halten Kommunen: der Ennepe-Ruhr-Kreis 29,1 Prozent, die Städte Gevelsberg 12,8 Prozent, Schwelm 6,9 Prozent und Ennepetal 1,2 Prozent.

Zur Unternehmensgruppe mit rund 460 Mitarbeitenden gehören drei Gesellschaften:

- Die Holding AVU AG übernimmt dabei die Lieferung von Strom, Erdgas und Wasser. Darüber hinaus bietet das Unternehmen Dienstleistungen rund um den wirtschaftlichen und ökologischen Einsatz von Energie an.
- Die AVU Netz GmbH ist Eigentümer und Betreiber von Strom-, Erdgas-, Wasser- und Glasfasernetzen im Ennepe-Ruhr-Kreis. Gesellschafter ist die AVU AG. Die Leitungsnetze umfassen nach Unternehmensangaben rund 3.700 Kilometer Stromleitungen und etwas mehr als 1.000 Kilometer Gasleitungen. Hinzu kommen mehr als 420 Kilometer Glasfasernetz.
- Die AVU Serviceplus GmbH bietet Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung für Privat-, Gewerbe- und Industriekunden an. Das Unternehmen betreibt 43 eigene Contracting-Anlagen und 42 Miethelzungen. Zudem bestehen Beteiligungen an sechs Photovoltaik-Freiflächenanlagen, verteilt in ganz Deutschland. „Seit Mai 2024 betreibt die Serviceplus ein Windrad mit einer Leistung von 3,6 MW in Breckerfeld“, heißt es abschließend mit Bezug auf die südöstliche Nachbargemeinde Gevelsbergs.

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

PNE plant neue Unternehmensanleihe



Headquarter der PNE AG in Cuxhaven. Quelle: PNE AG

FINANZIERUNG. Neues Kapital für Projektentwicklung und Refinanzierung will PNE über eine neue Unternehmensanleihe einsammeln. Anlegern bietet der Windparkentwickler bis zu 7,75 Prozent Zinsen.

Der Windpark- und Photovoltaikprojektor PNE AG aus Cuxhaven (Niedersachsen) hat die Emission einer neuen Unternehmensanleihe mit einem Volumen von bis zu 65 Millionen Euro beschlossen. Die Anleihe läuft von Juni 2026 bis Juni 2031 und soll mit einem Zinssatz zwischen 6,75 und 7,75 Prozent ausgestattet werden. Den endgültigen Zinssatz will das Unternehmen am 11. Juni festlegen.

Nach Angaben des Unternehmens dient die Emission vor allem dazu, die bestehende Anleihe 2022/2027 frühzeitig zu refinanzieren und die Finanzierungsstruktur zu verbessern. Gleichzeitig will PNE weiterhin Mittel für die Entwicklung der Projektpipeline und die Zwischenfinanzierung neuer Projekte bereitstellen.

Das Angebot richtet sich laut Unternehmen an institutionelle Investoren sowie Privatanleger in Deutschland, Österreich und Luxemburg. Bestehende Anleger der Anleihe 2022/2027 können ihre Papiere gegen die neue Anleihe tauschen. Dafür erhalten sie zusätzlich 12,50 Euro je eingetauschter Anleihe sowie anteilige Stückzinsen.

Begleitet wird die Emission von der IKB Deutsche Industriebank als Sole Lead Manager und Bookrunner. Die Anleihe soll in den Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse einbezogen werden.

PNE-Chef Heiko Wuttke erklärte, die Anleihe solle die Wachstumsstrategie „Focus & Deliver“ unterstützen. Anleihen seien seit 2013 ein fester Bestandteil der Finanzierungsstruktur des Unternehmens.

Die PNE-Gruppe entwickelt seit mehr als 30 Jahren Windparks an Land und auf See sowie Photovoltaikprojekte. Das Unternehmen betreibt zudem eigene Windparks und bietet Dienstleistungen rund um erneuerbare Energien und Batteriespeicher an. // VON DAVINA SPOHN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Brühl: Sebastian Mies zieht um ins Chefbüro



Quelle: Shutterstock / Monster Zstudio

PERSONALIE. Der bisherige IT-Chef Sebastian Mies übernimmt ab 1. Oktober 2026 die Geschäftsführung der Stadtwerke Brühl (Nordrhein-Westfalen).

Der 41-jährige Sebastian Mies wird Nachfolger von Thomas Isele (66), der nach sieben Jahren an der Unternehmensspitze in den Ruhestand geht. Sowohl der Aufsichtsrat unter Leitung von Frank Pohl, CDU-Fraktionsvize im Brühler Stadtrat, als auch das Plenum des Stadtrats und die Gesellschafterversammlung haben der Entscheidung zugestimmt.

Mies wechselt nur das Büro, wenn er im Herbst seinen neuen Job antritt: Er hat bei dem kommunalen Versorger einige Projekte geleitet und Maßnahmen zur weiteren Digitalisierung auf den Weg gebracht. Dazu gehören die Stadtwerke-Brühl-App und ein Chatbot.

Neben umfangreichen Erfahrungen im Unternehmen bringe er, wie es in einer Mitteilung der Stadtwerke heißt, fundierte Branchenkenntnisse durch seine langjährige Tätigkeit bei Rhein Energie mit. Mit dem Führungswechsel setze man auf „Kontinuität mit frischen Impulsen“.



Sebastian Mies ist bald neuer Chef der Stadtwerke Brühl.

Quelle: Stadtwerke Brühl

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

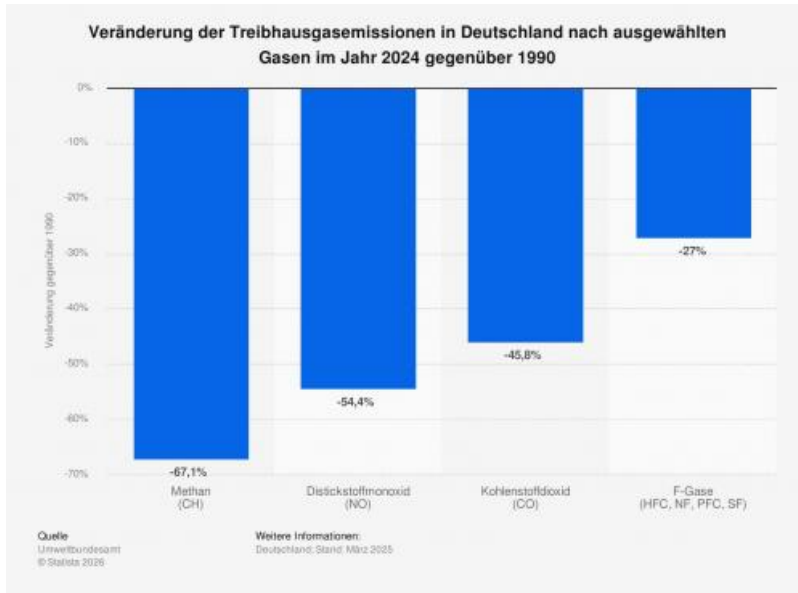
Deutsche Methanemissionen sinken seit 1990 deutlich



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES.

Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



[Zur Vollansicht auf die Grafik klicken](#)

Quelle: Statista

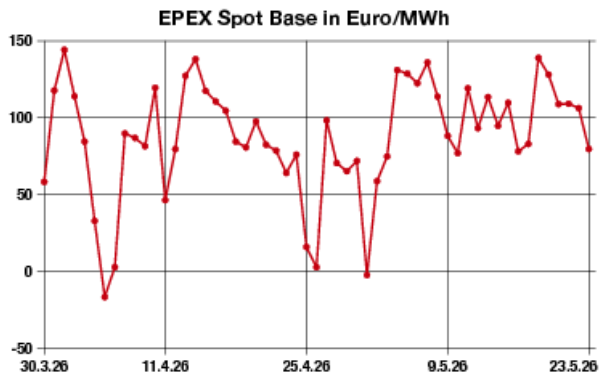
Zwar wird in erster Linie von Kohlendioxid (CO₂) gesprochen, wenn es um Treibhausgase geht, doch andere Substanzen sind weit wirkungsvoller. Insbesondere die Klimawirkung von Methan (CH₄) ist etwa 20 Mal stärker, allerdings verbleibt es nicht so lange in der Atmosphäre wie CO₂. Dies tun dafür Fluorgase, weswegen sie trotz der geringeren Emissionsmengen große Wirkung entfalten.

Das Umweltbundesamt (UBA) überwacht daher die Veränderung der Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Gasarten. Die Statistik zeigt die Veränderung der Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Gas im Zeitraum von 1990 bis 2024. So verringerten sich die deutschen Methanemissionen im Jahr 2024 um rund 67 Prozent gegenüber dem Jahr 1990. // **VON REDAKTION**

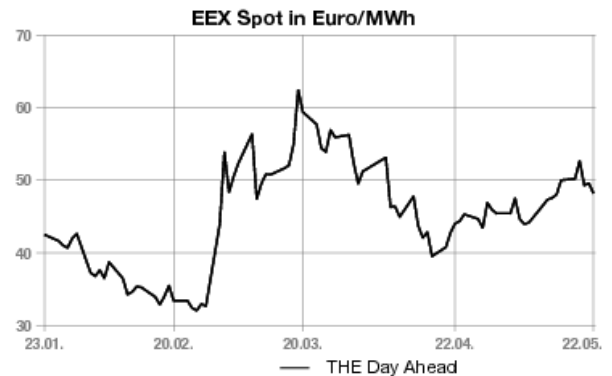
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Negative Strompreise zu Pfingsten erwartet



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben sich die Energiemärkte am Freitag vor dem Pfingstwochenende gezeigt. Die Nachrichtenlage zum Irankrieg ist nach wie vor durch ein hohes Maß an Intransparenz gekennzeichnet, doch scheint an den Märkten die Hoffnung auf eine Entspannung der Situation langsam zu wachsen. So hat es in den sozialen Medien Berichte gegeben, denen zufolge sich die USA und der Iran auf den Entwurf eines Abkommens geeinigt haben könnten, das die Atomgespräche auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. „Die Richtigkeit dieser Berichte bleibt jedoch unklar“, so der Deutsche-Bank-Volkswirt Jim Reid.

Strom: Tendenziell etwas leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Der Dienstag nach Pfingsten wurde an der Börse in der Grundlast mit 80 Euro je Megawattstunde gehandelt. Am Donnerstag war der Freitag selbst mit 108,00 Euro im Base und 106,75 Euro im Peak bewertet worden. An der Börse notierte der Dienstag im Base gleichfalls mit 80 Euro.

Der Preisrückgang von Freitag auf Dienstag ist auf die höhere Einspeiseleistung der Erneuerbaren zurückzuführen, die für den Tag nach Pfingsten prognostiziert wird. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den kommenden Dienstag eine Erneuerbaren-Einspeiseleistung von 30,1 Gigawatt. Für den Freitag hatte der Wetterdienst nur 19,5 Gigawatt ermittelt. Die neue Woche soll nach Angaben der Meteorologen warm, sonnig und nur mäßig windig ausfallen. Erst ab dem Samstag vor dem Monatswechsel dürfte sich wieder eine kühlere und unbeständigere Witterung einstellen.

Am langen Ende verlor das Cal 27 um 0,31 auf 92,10 Euro je Megawattstunde. „Die Energiemärkte folgen dem Strom der Meldungen aus dem Irankrieg“, so ein Händler. Allerdings vollziehe der Strommarkt nur gedämpft das Auf und Ab bei Gas und Öl nach. Insgesamt gingen die Märkte offenbar von einer langsamen Entspannung der Situation um die Straße von Hormus in den kommenden zwei bis drei Monaten aus.

Für das Pfingstwochenende ist wieder in großem Umfang mit negativen Preisen zu rechnen. Schon für den Samstag vor dem Fest waren die Preise zwischen 10.00 Uhr und 17.00 Uhr auf Stundenbasis negativ. Der niedrigste Preis wurde mit -31,82 Euro für die Stunde von 13 bis 14 Uhr ermittelt.

CO₂: Die CO₂-Preise haben am Freitag etwas zugelegt. Bis gegen 13.30 Uhr zog der Dec 26 um 0,44 auf 75,37 Euro je Tonne an. Umgesetzt wurden nur schwache 6,1 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei

75,80 Euro, das Tief bei 74,84 Euro. Laut den Analysten von belektron dürfte das Marktgeschehen weiter von einer unentschlossenen Haltung der Marktteilnehmer geprägt bleiben, was sich auch in den geringen Umsätzen niederschlägt. Die Analysten sehen den Markt bei Notierungen um die 75 Euro ausbalanciert. Ein positives Zeichen seien allerdings die Ergebnisse der Primärmarktauktionen, die, wenn auch marginal, über den Preisen des fortlaufenden Handels lägen.

Erdgas: Leichter haben sich die europäischen Gaspreise am Freitag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.00 Uhr um 0,245 auf 48,620 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um 0,700 auf 49,000 Euro je Megawattstunde nach unten. Händler verwiesen zur Begründung auf die Vorsicht für dem langen Pfingstwochenende und auf das trotz der aktuellen Zugewinne etwas niedrigere Niveau der Ölpreise.

Laut den Analysten der Commerzbank nimmt die Nervosität am europäischen Gasmarkt übergeordnet jedoch zu. Hintergrund dürften die sich nur langsam füllenden europäischen Gasspeicher sein: Der Füllstand hat gerade mal 36 Prozent erreicht, in Deutschland noch nicht einmal 30 Prozent. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dagegen waren die europäischen Gasspeicher Mitte Mai bereits gut zur Hälfte gefüllt. Die Denkfabrik Bruegel hat ausgerechnet, dass täglich gut 0,25 Prozentpunkte eingespeichert werden müssten, um Anfang November einen Füllstand von 80 Prozent zu erreichen. Die Einspeicherung lag aber in den vergangenen Tagen zumeist darunter.

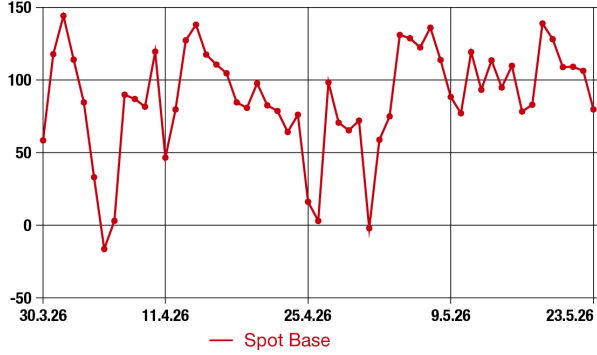
Die USA haben zwar Mitte April mit Golden Pass erste Verladungen von ihrem neunten Exportterminal vorgenommen und weitere Exportkapazitäten wurden und werden am Exportterminal Corpus Christi in Betrieb genommen. Aber die fehlenden LNG-Importe aus dem Mittleren Osten haben dennoch dazu geführt, dass die LNG-Importe der EU im April deutlich niedriger waren als im März. Problematisch ist zudem, dass die zum Winter hin fallende Terminkurve wenig Anreiz für eine aktuelle Aufstockung der Lagerbestände gibt. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

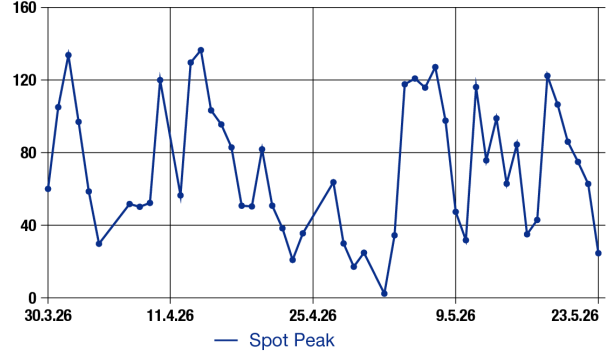
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

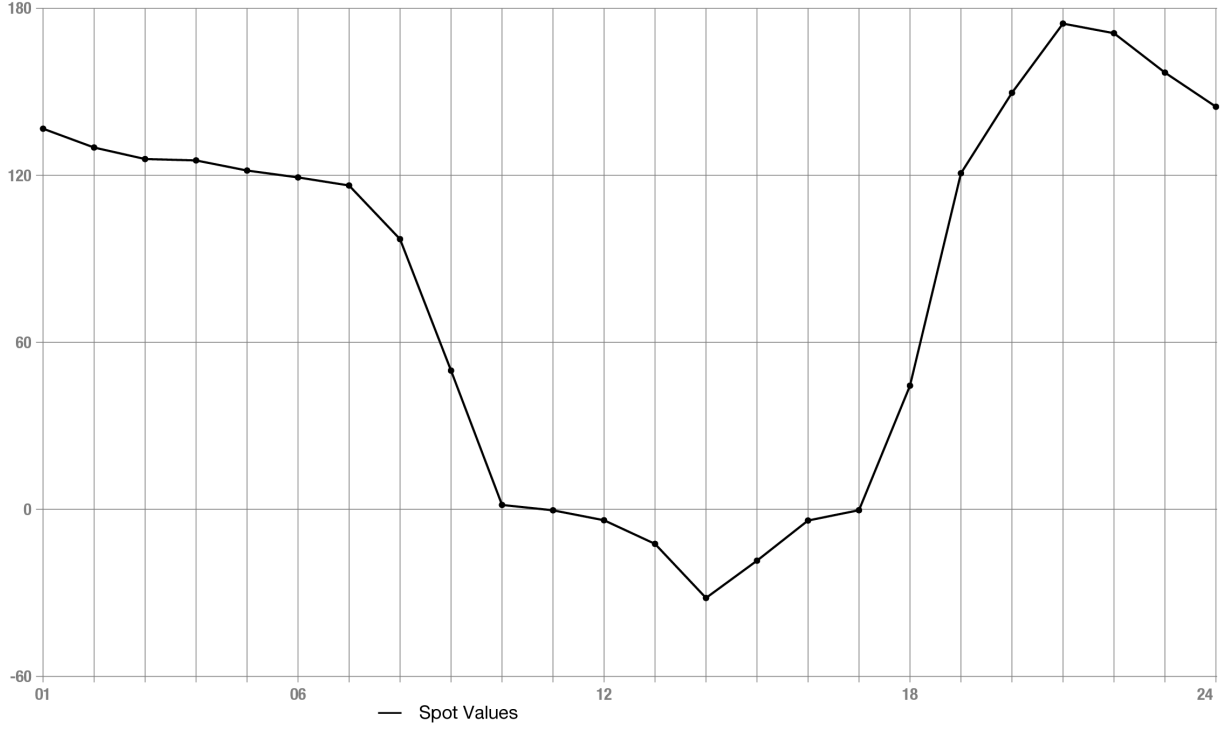
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

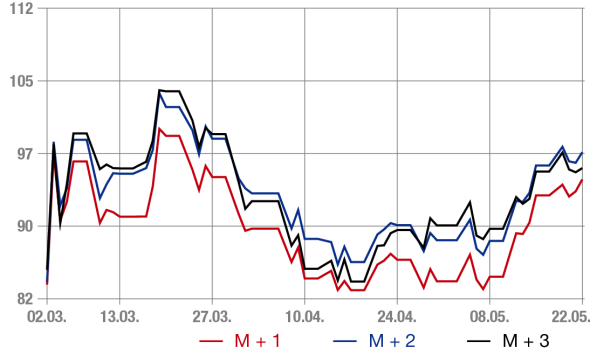
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.05.26	German Power Jun-2026	94,82
M2	22.05.26	German Power Jul-2026	97,63
M3	22.05.26	German Power Aug-2026	95,99
Q1	22.05.26	German Power Q3-2026	99,75
Q2	22.05.26	German Power Q4-2026	117,13
Q3	22.05.26	German Power Q1-2027	112,46
Y1	22.05.26	German Power Cal-2027	92,71
Y2	22.05.26	German Power Cal-2028	79,64
Y3	22.05.26	German Power Cal-2029	73,17

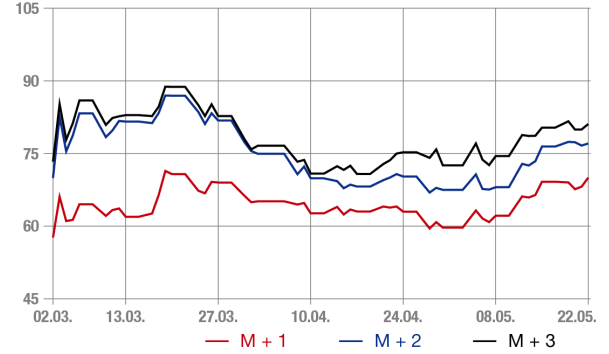
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.05.26	German Power Jun-2026	70,00
M2	22.05.26	German Power Jul-2026	77,06
M3	22.05.26	German Power Aug-2026	81,08
Q1	22.05.26	German Power Q3-2026	89,03
Q2	22.05.26	German Power Q4-2026	143,64
Q3	22.05.26	German Power Q1-2027	131,42
Y1	22.05.26	German Power Cal-2027	97,63
Y2	22.05.26	German Power Cal-2028	85,18
Y3	22.05.26	German Power Cal-2029	79,17

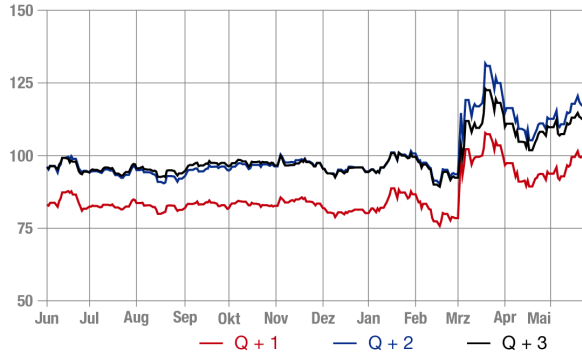
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



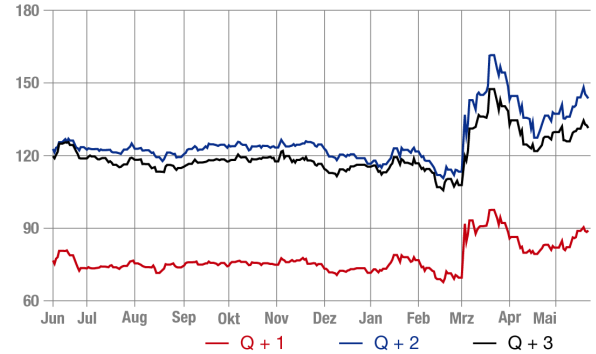
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



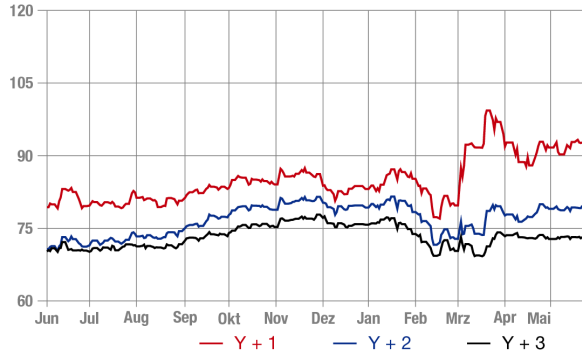
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



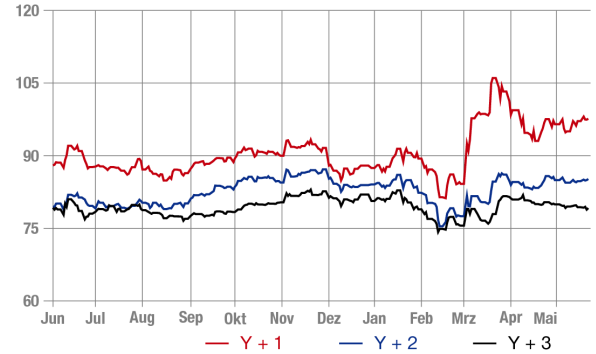
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



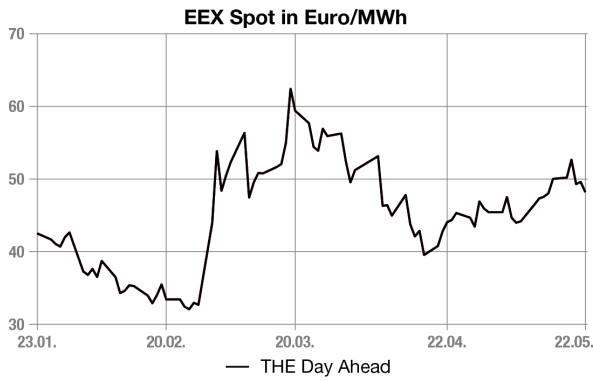
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



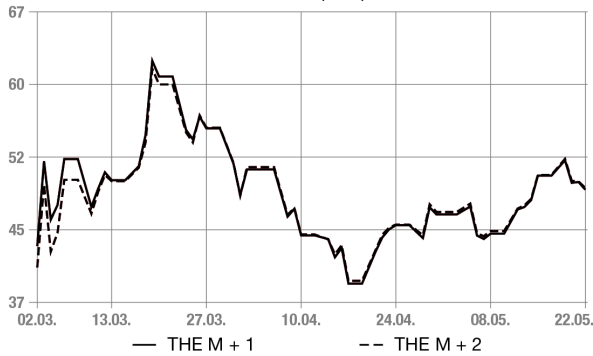
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.05.26	German THE Gas Jun-2026	49,14
M2	22.05.26	German THE Gas Jul-2026	49,33
Q1	22.05.26	German THE Gas Q3-2026	49,42
Q2	22.05.26	German THE Gas Q4-2026	49,32
S1	22.05.26	German THE Gas Win-2026	48,69
S2	22.05.26	German THE Gas Sum-2027	36,34
Y1	22.05.26	German THE Gas Cal 2027	39,30
Y2	22.05.26	German THE Gas Cal 2028	29,82



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



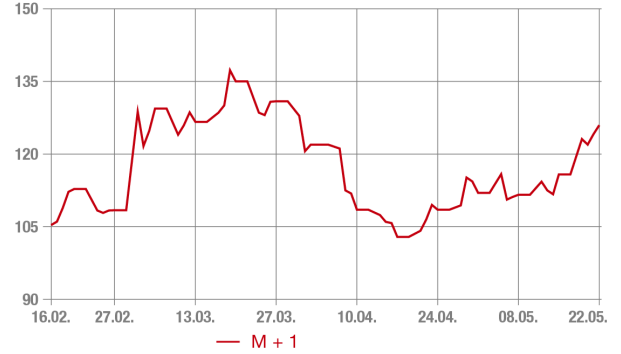
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	22.05.26	79,78	EUR/MWh
Germany Spot peak	22.05.26	24,60	EUR/MWh
EUA Juni	22.05.26	75,90	EUR/tonne
Coal API2 Juni 2026	22.05.26	125,95	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	22.05.26	48,20	EUR/MWh
German THE Gas Jun-2026	22.05.26	49,14	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	22.05.26	39,30	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	22.05.26	103,54	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Meister Elektrotechnik (m/w/d) Strom/Wärme

Das erwartet dich Du übernimmst Verantwortung für unsere Strom- und Wärmenetze und sorgst dafür,
in Freiburg im Breisgau

vor 2 h

Weiterbildung



Teamleiter*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement)

Teamleiter*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement) 50933 Köln Vollzeit Unbefristet Komm ins ...
in Cologne

vor 2 h

Projektleitung Festanstellung Weiterbildung / Betriebsarzt



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Chemnitz

vor 2 h

Minijob Flexible Arbeitszeit



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Gelsenkirchen

vor 2 h

Minijob Flexible Arbeitszeit



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Halle (Saale)

vor 2 h

Minijob Flexible Arbeitszeit

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

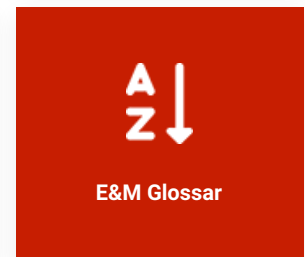
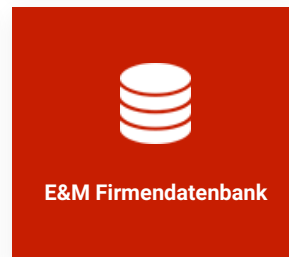
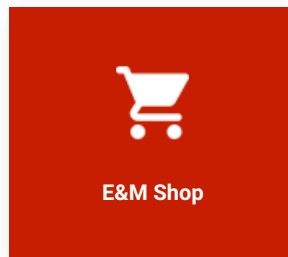
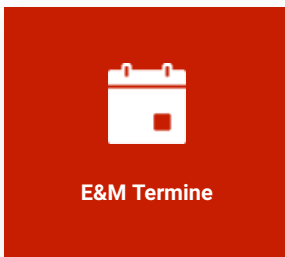
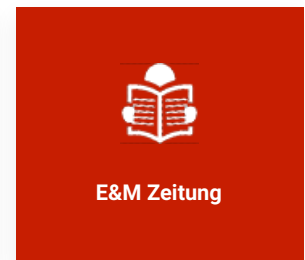
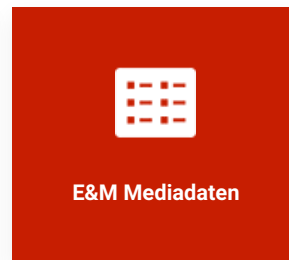
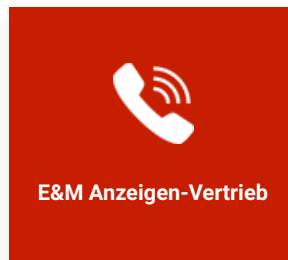
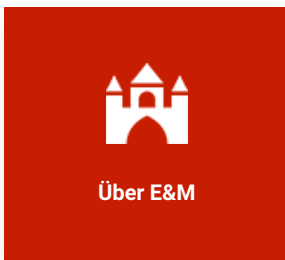
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

